
BESCHLUSS

des 77. ordentlichen Landesparteitags der FDP Rheinland-Pfalz

Der Landesparteitag der Freien Demokratischen Partei Rheinland-Pfalz hat auf seiner Tagung am 11. März 2023 in Mainz beschlossen:

Titel: Kluge Köpfe braucht das Land: Arbeits- und Fachkräftemigration erleichtern

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Um die Auswirkungen des demographischen Wandels zu begrenzen, brauchen wir laut Institut der deutschen Wirtschaft jährlich eine Zuwanderung von 400.000 bis 500.000 Menschen. Es geht darum, den Arbeits- und Fachkräftemangel zu beheben und unsere Sozialversicherungssysteme zu sichern. Dabei wird es nicht reichen, allein inländische Potenziale zu nutzen. Wir brauchen deshalb die richtigen Rahmenbedingungen, die Einwanderung in unseren Arbeitsmarkt erleichtern. Deutschland muss sich für Menschen öffnen, die in einem Land der Chancen ihr Glück suchen und dabei schnellstmöglich ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft sichern wollen.

Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb für folgende Bausteine in einem migrationspolitischen Gesamtkonzept ein:

Schnelle und einfache Verfahren: Deutschland darf in Fragen der Anerkennung von Berufsabschlüssen kein föderaler Flickenteppich bleiben. Anerkennungsverfahren müssen bundesweit einheitlich bearbeitet werden – und zwar als digitaler end-to-end-Prozess, um die mehrfache Vorlage von Dokumenten oder den mehrfachen Abruf von Informationen zu vermeiden. Um schnelle Verfahren zu garantieren, fordern wir gesetzliche Fristen zur Bearbeitung der regulären Antragsverfahren. Wir fordern, dass die Verfahren grundsätzlich - orientierend an den Arbeitssprachen der Europäischen Union - in Deutsch und Englisch sowie mittelfristig in Französisch bearbeitet werden, um die internationale Korrespondenz zu vereinfachen.

Rekrutierung verbessern: Für kleine und mittlere Unternehmen ist die Rekrutierung von Arbeits- und Fachkräften aus dem Ausland oftmals schwierig. Deshalb müssen die staatlichen Unterstützungsleistungen zielgruppengerecht verstärkt werden. Im Rahmen eines Visums zum Absolvieren einer Berufsausbildung sollen auch Praktika möglich sein, damit sich Betriebe und potenzielle Auszubildende fernab eines Ausbildungsvertrags kennenlernen können. Zudem setzen wir darauf, dass KMU die Expertise der Zeitarbeits- und Personaldienstleistungsbranche für sich nutzbar machen können. Dazu ist eine

Lockerung des Beschäftigungsverbots von Drittstaatsangehörigen in der Zeitarbeit notwendig.

Sprachförderung verbessern: Das Sprachkursangebot muss quantitativ und qualitativ verbessert werden. Erwarten wir, dass Migrant:innen Sprachkenntnisse nach Deutschland mitbringen, müssen digitale Angebote ausgebaut und die Teilnahme an Kursen bereits vor der Einreise ermöglicht werden. Zudem muss der Spracherwerb durch flexible Angebote parallel zur Beschäftigung vereinfacht werden. Dabei sind insbesondere die Bedürfnisse von Frauen in den Blick zu nehmen, die noch immer den Großteil der Familienarbeit leisten.

Zuwanderung unterhalb des Fachkräfteniveaus: Auch Menschen ohne formale Qualifikation muss es möglich sein, im deutschen Arbeitsmarkt Fußzufassen – das gilt für Berufserfahrene oder Menschen, die befristet zur Arbeitsplatzsuche nach Deutschland einreisen. Im Rahmen der Arbeitsplatzsuche soll eine Nebenbeschäftigung zur Sicherung des Lebensunterhalts erlaubt werden können. Zudem setzen wir uns für flexible Modelle in der formalen Qualifikation durch verkürzte Ausbildungen ein.

